

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 2554
der Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/6445

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2554 vom 03.12.2012:

Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung an der A 11 bei Althüttendorf

Ende September 2012 wurde die Geschwindigkeitsbeschränkung von 120 km/h an der Bundesautobahn 11 (A 11) auf der Höhe von Althüttendorf aufgehoben. Die A 11 grenzt unmittelbar an den Ort Althüttendorf an, der abgesehen von der Autobahn, sehr idyllisch am Ufer des Grimnitzsees im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin liegt und ein hohes touristisches Potential besitzt. Einige Häuser des Dorfes liegen direkt an der Fahrbahn der A11. Bisher wurden keine Lärmschutzwände errichtet. Die Anwohner direkt an der Fahrbahn leiden unter einer starken Lärmbelästigung infolge der sehr hohen Geschwindigkeiten. Auch im Rest des Dorfes kommt es dadurch zu einer Verminderung der Lebensqualität.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde die Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h aufgehoben?
2. Wurde untersucht, welche Lärmpegel vor und nach der Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung auftraten bzw. auftreten?
3. Welche Grenzwerte für Schallemissionen gelten?
4. Wie wird sichergestellt, dass diese Grenzwerte eingehalten werden?
5. Wie plant die Landesregierung die Bewohner von Althüttendorf vor der Lärmbelästigung durch die A 11 zu schützen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Warum wurde die Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h aufgehoben?

Datum des Eingangs: 08.01.2013 / Ausgegeben: 14.01.2013

Zu Frage 1:

Entsprechend den geltenden gesetzlichen Grundlagen

- Straßenverkehrsordnung (StVO) § 3 und § 18
- Verordnung über die allgemeine Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen und ähnlichen Straßen, gültig seit 1978

gilt auf Autobahnen grundsätzlich die Richtgeschwindigkeit von 130 km/h.

Nach Fertigstellung des grundhaften Ausbaus der A 11 und des Wildschutzzaunes im Sommer 2012 konnte die aus Verkehrssicherheitsgründen angeordnete Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit in diesem Streckenabschnitt aufgehoben werden.

Tatbestände, die im betreffenden Abschnitt eine geringere Geschwindigkeit als die Richtgeschwindigkeit erfordern würden, liegen nicht vor.

Frage 2:

Wurde untersucht, welche Lärmpegel vor und nach der Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung auftraten bzw. auftreten?

Zu Frage 2:

Die Notwendigkeit zur Berechnung der Beurteilungspegel in der Phase der Geschwindigkeitsbeschränkung gab es nicht.

Aktuell werden im Rahmen der Prüfung einer Anwohnerbeschwerde unter dem Aspekt der Lärmsanierung die Beurteilungspegel an verschiedenen Immissionsorten von Althüttendorf in einer schalltechnischen Untersuchung ermittelt. Die Berechnung erfolgt unter Beachtung der aktuellen Verkehrszahlen sowie einer Geschwindigkeit für Pkw ≥ 130 km/h.

Die Ergebnisse dieser schalltechnischen Untersuchung werden im I. Quartal 2013 erwartet.

Frage 3:

Welche Grenzwerte für Schallemissionen gelten?

Zu Frage 3:

Schallemissionsgrenzwerte, Grenzwerte für das von einer Autobahn abgestrahlte Geräusch, gibt es nicht. Hingegen nennt das Bundes-Immissionsschutzgesetz in seinen nachgeordneten Regelwerken Immissionsgrenzwerte (Beurteilungspegel), Grenzwerte für das bei einem Empfänger ankommende Geräusch.

Grundsätzlich unterscheidet das System des nationalen Lärmschutzes Lärmvorsorge, Lärmschutz im Rahmen des Neubaus oder der wesentlichen Änderung von Straßen und Lärmsanierung sowie Lärmschutz an bestehenden Straßen. Während man bei der Lärmvorsorge von Immissionsgrenzwerten spricht, handelt es sich bei der Lärmsanierung um sogenannte Auslösewerte, die möglichst nicht zu erreichen sind bzw. mit entsprechenden Maßnahmen unterschritten werden sollen.

Die Immissionsgrenzwerte der Lärmvorsorge werden in der 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (16. BImSchV) benannt.

Frage 4:

Wie wird sichergestellt, dass diese Grenzwerte eingehalten werden?

Zu Frage 4:

Betrachtung der schalltechnischen Situation unter dem Aspekt der Lärmvorsorge:

Lärmschutz im Rahmen der Lärmvorsorge ist an den Neubau oder die wesentliche Änderung einer öffentlichen Straße gebunden. Die 16. BImSchV benennt die Kriterien der wesentlichen Änderung. Im Zusammenhang mit dem grundhaften Ausbau der A 11 von km 41,85 bis km 78,25 wurde geprüft, ob durch diese Baumaßnahme die Kriterien der wesentlichen Änderung im Sinne der 16. BImSchV erfüllt sind.

Im Ergebnis konnte die Erfüllung der Kriterien der wesentlichen Änderung nicht nachgewiesen werden. Deshalb kamen keine Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der Lärmvorsorge in Betracht.

Der im Ergebnis des durchgeführten Planfeststellungsverfahrens erlassene Planfeststellungsbeschluss vom 29.11.2002 wurde nicht beklagt und hat somit Bestandskraft erlangt.

Betrachtung der schalltechnischen Situation unter dem Aspekt der Lärmsanierung:

Die Lärmsanierung zielt auf die Verringerung einer vorhandenen Lärmbelastung, die durch eine allgemeine verkehrliche und bauliche Entwicklung eingetreten ist. Lärmsanierung an Bundesfernstraßen ist eine freiwillige Leistung des Bundes. Sie wird nach haushaltsrechtlichen Regelungen gewährt und im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel nach Dringlichkeit durchgeführt. Ein rechtlicher Anspruch besteht nicht.

1. Siehe auch Antwort zu Frage 2.

Frage 5:

Wie plant die Landesregierung die Bewohner von Althüttendorf vor der Lärmbelästigung durch die A 11 zu schützen?

Zu Frage 5:

Bereits im Zuge des grundhaften Ausbaus der A 11 bei Althüttendorf wurde ein lärmmindernder Waschbeton eingebaut. Dieser reduziert den an der Quelle entstehenden Verkehrslärm bereits um mindestens 2 dB (A).

Über weitere ggf. notwendige Maßnahmen des Lärmschutzes kann erst nach Vorliegen der Ergebnisse des in Auftrag gegebenen Lärmgutachtens entschieden werden.